

Journalismus mit Rückgrat

Lew Kopelew-Preis für die *Novaja gazeta*

Die Moskauer Zeitung *Novaja gazeta* ist am 21. November 2010 mit dem „Lew Kopelew-Preis für Frieden und Menschenrechte“ ausgezeichnet worden. Der Preis wird vom *Lew-Kopelew-Forum* in Köln in Erinnerung an den bedeutenden Schriftsteller und Menschenrechtler vergeben.

Die *Novaja gazeta* wurde 1993 gegründet. Sie erscheint dreimal wöchentlich und hat sich durch investigativen, unabhängigen und unerschrockenen Journalismus einen Namen gemacht. Fünf ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter Jurij Ščekočichin, Anna Politkovskaja und Natalija Estemirova, wurden ermordet.

Das *Lew-Kopelew-Forum* zeichnet die *Novaja gazeta* als ein „Vorbild an journalistischem Können und Charakterstärke aus“. Wir dokumentieren die Rede von Fritz Pleitgen, dem Vorsitzenden des *Lew-Kopelew-Forums*, die Festrede des Präsidenten des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert, sowie die Danksagung des Chefredakteurs, Dmitrij Muratov.

Fritz Pleitgen

„Vorbild an Können und Charakterstärke“

Lew Kopelew-Preis an die *Novaja gazeta*

In Russland garantiert die Verfassung Pressefreiheit. Doch der Alltag der Journalisten ist ein anderer. Oft werden sie schikaniert, bedroht, überfallen. Gewalttätige Überfälle auf Journalisten, gar ihre Ermordung, verdunkeln das Bild eines Landes, das uns viel bedeutet. Diese Verbrechen öffentlich zu machen, ist Journalistenpflicht. Die russische Zeitung *Novaja gazeta* erhebt dazu immer wieder ihre Stimme. Die Redaktion lässt sich weder von politischem noch von wirtschaftlichem Druck klein kriegen. Sie ist ein Vorbild an journalistischem Können und Charakterstärke, auf das Russland stolz sein kann.

Wir können ganz sicher sein: Die *Novaja gazeta* mit dem Preis für Frieden und Menschenrechte auszuzeichnen, hätte die volle Zustimmung von Lew Kopelew gefunden. Eine solche Zeitung war ganz nach seinem Geschmack. Lew Kopelew war ein fanatischer Zeitungsleser. Für eine gute Zeitung gab er alles. Er las mit Hingabe. Er begeisterte sich, amüsierte sich oder ärgerte sich über das, was er las, wurde wütend, wenn ihm unwahrscheinlich oder wahrheitswidrig erschien, was ihm vorgesetzt wurde. Er wollte den Artikeln vertrauen. Die Berichte sollten ihn darüber aufklären, was in seiner Nähe oder in der Ferne geschah, was nicht gut lief und was verändert werden sollte. Im Interesse des Einzelnen und der Gesellschaft!

In dieser Hinsicht war er im eigenen Land fast sein ganzes Leben lang nicht verwöhnt worden, denn in der Sowjetunion herrschte rabiate Zensur. Deshalb war Lew Kopelew, als das kommunistische Imperium zusammenbrach, auch darüber glücklich, dass die Zeitungen in Russland endlich schrieben, was der Wirklichkeit entsprach oder ihr nahe kam, und Missstände schonungslos aufdeckten. Vor seinem Tod fand er deshalb seine Freude an einer Zeitung, die 1993 in Moskau gegründet wurde und den russischen Namen *Novaja gazeta* trug, was zu deutsch „Neue Zeitung“ heißt. Diese Zeitung sollte sich bald einen guten, ja einen großen Namen machen. Nicht nur in Russland, sondern in der ganzen Welt.

Spürsinn und Mut

In ihrer Redaktion kamen außerordentlich begabte Journalisten zusammen, die nicht nur gut schreiben konnten, sondern einen untrüglichen Sinn für Entwicklungen besa-

Fritz Pleitgen (1938), Journalist, Vorsitzender des Lew-Kopelew-Forums, Köln

ßen, die an das Licht der Öffentlichkeit gehörten, die mit außerordentlichem Spürsinn und ebenso großer Phantasie nachforschten, die sich durch Drohungen nicht abschrecken ließen und mit bewundernswertem Mut veröffentlichten, was sie herausgefunden hatten.

In Russland herrscht offiziell Pressefreiheit. Im Artikel 29 der Verfassung steht geschrieben:

Jedem wird die Freiheit des Gedankens und Wortes garantiert. [. . .] Jeder hat das Recht, auf rechtmäßige gesetzliche Weise Informationen frei zu beschaffen, entgegenzunehmen, weiterzugeben, hervorzubringen und zu verbreiten. [. . .] „Die Freiheit der Masseninformation wird garantiert. Zensur ist verboten.

Doch was in der Verfassung steht, wird von jenen, die Macht haben – politisch, wirtschaftlich, psychologisch – viel zu häufig auf eigene Weise ausgelegt. Wir sollten nicht vergessen: In Russland ist die Zeit der Diktatur erst knappe zwanzig Jahre vorbei. Die Jahrhunderte alten Verhaltensmuster wirken nach. Wer an der Macht ist, glaubt wie in alten Zeiten, dass die Wahrheit nur nach seiner Vorstellung ausgelegt werden kann. Und so wird Journalismus in Russland nicht selten eine Frage von Leben und Tod.

Was in Russland geschieht, berührt uns sehr

Gerade in diesen Tagen konnten wir wieder lesen, dass ein Journalist brutal zusammengeschlagen wurde. Das Verbrechen wurde von einer Überwachungskamera aufgenommen. Die Täter waren zwar nicht zu erkennen, aber zu erkennen war, dass es um einen Mordversuch ging, denn auf Oleg Kašin wurde mit einem stumpfen Gegenstand eingeschlagen, als er wehrlos am Boden lag. Der Journalist der Zeitung *Kommersant*“ hatte u.a. den Unmut der Ortsgewaltigen hervorgerufen, weil er sich in seinen Berichten gegen den Bau einer Autostraße wandte, für die wertvoller Wald verschwinden muss.

Solche gewalttätigen Überfälle sind leider nicht selten. Sie verdunkeln das Bild eines Landes, das uns viel bedeutet. Deutschland und Russland verbindet eine äußerst intensive Geschichte von Krieg und Frieden. Was in Russland geschieht, berührt uns sehr.

Der heimtückische Überfall auf Oleg Kašin hat unter seinen Kollegen und unter den Bürgerrechtlern Bestürzung und Zorn ausgelöst. Die Chefredakteure der führenden Zeitungen wandten sich an die Verantwortlichen der Politik und der Polizei. Präsident Medvedev hat unerbittliche Aufklärung zugesagt. Nicht zum ersten Mal! Zu der Tatsache, dass investigativer Journalismus in Russland mit Lebensgefahr verbunden ist, kommt eine weitere bittere Tatsache: Die Verbrechen werden in den seltensten Fällen aufgeklärt und die Täter noch weniger bestraft.

Doch die Verbrechen machen Zeitungen wie die *Novaja gazeta* oder *Kommersant*“ oder *Vedemosti* oder den Radiosender *Echo Moskvy* nicht mundtot. Die junge russische Journalistin Elena Milašina, die dieser Tage in Hamburg von der Menschen-

rechtsorganisation *Human Rights Watch* für ihre Berichterstattung über Korruption und Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus geehrt wurde, sagte zu dem mörderischen Angriff auf ihren Kollegen Oleg Kašin:

Wenn ich Europäerin wäre, hätte ich jetzt wahrscheinlich Angst. Aber als Russin kenne ich es leider nicht anders. Wenn Kollegen ermordet werden, dann macht mich das nicht ängstlich, sondern wütend.

Es ist Journalistenpflicht, solche Verbrechen öffentlich zu machen, auch wenn sie im Ausland geschehen. Das ist keine unlautere Einmischung in innere Angelegenheiten. Dies gilt erst recht, seitdem die Welt immer enger zusammenrückt und die Länder immer mehr voneinander abhängen. Es gehört zur Solidarität, bedrängten Journalisten beizustehen, die für ihre Aufklärungsarbeit ihre Gesundheit, ja ihr Leben riskieren.

Es ist aber nicht unsere Sache, uns über andere Länder und Völker zu erheben. Den langen Weg zur Demokratie wie wir, wie England, Frankreich oder die USA hatte Russland nicht. Und wir in Deutschland waren ja auch nicht gegen schlimmste Rückfälle gefeit. Russland hatte schon vor Jahrhunderten begnadete Schreiber, die das freie und kritische Wort riskierten. Aber es war kein Politiker darunter wie Thomas Jefferson, der bereits vor 230 Jahren die kühne Formel prägte: Wenn er die Wahl hätte zwischen einer Regierung ohne Zeitungen und Zeitungen ohne Regierung, würde er sich für die zweite Alternative entscheiden. Später, als Präsident, hat er zwar gelegentlich beredete Klage über die ewig nörgelnde Presse geführt, aber seinen großen Satz über den grundsätzlichen Wert der Presse für eine starke, leistungsfähige Gesellschaft hat er nie zurückgenommen. Dieser Satz bleibt in der Geschichte der fortschrittlichen Menschheit bestehen, wie in die Granitfelsen von Mount Rushmore gemeißelt.

Ungesühnte Morde

Fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Novaja gazeta* wurden in den letzten Jahren umgebracht, weil sie trotz vieler Drohungen beharrlich ihrer Journalistenpflicht nachkamen und über Korruption und Menschenrechtsverletzungen berichteten: Igor' Domnikov, Jurij Ščekočichin, Anna Politkovskaja, Anastasija Baburova, Natalija Estemirova. Alle waren aufrechte Männer und Frauen mit einem großen Herzen für Gerechtigkeit, für Menschen in Not und einem hohen Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gesellschaft. Alle diese Mordtaten sind ungesühnt, ebenso die Überfälle, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwere Verletzungen davontrugen.

Trotz alledem bleibt die Redaktion der *Novaja gazeta* ihrem hohen Ethos treu und unbeirrt weiter, um ihre Leserinnen und Leser wahrheitsgetreu wie möglich zu informieren und aufzuklären. Allen Drohungen zum Trotz, die neuerdings mehr und mehr aus einer starken neofaschistischen Ecke kommen.

Heute sind zwei der führenden Redakteure der *Novaja gazeta* hier: Dimitrij Muratov und Jurij Rost. Dimitrij Muratov ist Begründer und Chefredakteur der Zeitung, Jurij Rost hat sich als Fotograf und Autor einen großen Namen gemacht. Beide haben wie ihre Zeitung und ihre Kolleginnen und Kollegen bereits viele renommierte Preise

erhalten. In Russland und im Ausland. An der *Novaja gazeta* beteiligt sind der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, und der Bankier und frühere Duma-Abgeordnete Aleksandr Lebedev. Sie halten insgesamt 49 Prozent. Die restlichen 51 Prozent befinden sich in den Händen des Redaktionskollektivs.

Journalistische Großtaten

Im Laufe ihrer noch jungen Geschichte hat die *Novaja gazeta* bereits eine Menge journalistischer Großtaten vollbracht. So gelang der Redaktion der Nachweis, dass es durchaus möglich ist, eine Atombombe zu basteln, indem sie alle Elemente dieser massenmörderischen Waffe auf dem Schwarzen Markt zusammenkaufte, was in dem einschlägigen Milieu mit beträchtlichen Gefahren verbunden war.

Als in Moskau zwei Wohnhäuser durch Explosionen in Schutt und Asche gelegt wurden, wobei über zweihundert Menschen ums Leben kamen, wiesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Novaja gazeta* nach, dass verdächtige Spuren auch zum eigenen mächtigen Geheimdienst führten. Die Zeitung deckte auch auf, dass es bei der Beendigung der Geiselnahme in Beslan nicht vornehmlich um die Befreiung der Geiseln, sondern um die Vernichtung der Terroristen ging, was viele Menschen, vor allem Schulkinder, das Leben kostete.

Solche Berichte missfallen natürlich den jeweils politisch Verantwortlichen, erst recht wenn ihnen von der Zeitung auch noch ständig Korruption und sonstige Bereicherung vorgehalten wird, bis in die höchsten Ebenen.

Einer solchen Zeitung wird das Leben schwer gemacht. Die *Novaja gazeta* muss sich fortwährend Strafanzeigen erwehren. Dreißig im Jahr. Immer wieder kommt es zu fadenscheinigen und lästigen Kontrollen durch Finanzämter oder auch Brandschutzbehörden. In Samara musste die örtliche Ausgabe eingestellt werden, nachdem staatliche Behörden die gesamte Bürotechnik beschlagnahmt hatten. Anzeigenkunden werden unter Druck gesetzt, nicht ihr Geld für Werbung in der *Novaja gazeta* auszugeben. Welches Unternehmen wagt es schon, für seine Produkte in einer Zeitung Reklame zu machen, wenn im Artikel nebenan der mächtige Ministerpräsident der Veruntreuung geziehen wird.

Doch weder von politischem noch von wirtschaftlichem Druck lässt sich die *Novaja gazeta* klein kriegen. Ihre Redaktion ist weltweit ein Vorbild an journalistischem Können und Charakterstärke, auf das Russland stolz sein kann.

Wir wissen, dass wir in voller Übereinstimmung mit den Überzeugungen unseres Patrons handeln, wenn wir heute die Redaktion der *Novaja gazeta* mit dem Lew Kopelew Preis für Frieden und Menschenrechte auszeichnen.

Norbert Lammert

Wahrheit und Demokratie

Unverzichtbar: Die Meinungs- und Pressefreiheit

Es gibt keine unbestrittene Wahrheit. Die vornehmste Aufgabe der Presse besteht darin, diese Einsicht wach zu halten und nicht mit eigenen Wahrheitsansprüchen, sondern mit dem Streit um und gegen Wahrheitsansprüche die Voraussetzungen und damit die Lebendigkeit einer Demokratie am Leben zu erhalten.

Heute auf den Tag genau vor 316 Jahren, am 21. November 1694, ist der französische Schriftsteller und Philosoph François-Marie Arouet geboren worden, der unter dem Namen Voltaire bekannt wurde. Er war, wie Sie alle wissen, einer der einflussreichsten Autoren der französischen und europäischen Aufklärung. Mit einer damals ungewöhnlichen, unbekanntenen, im Übrigen auch damals bereits unpopulären Quellenprüfung und Quellenkritik hat er die moderne kulturhistorische Geschichtsschreibung begründet. Seine bedeutende Schrift „Lettres philosophiques“, in der er Kritik an der katholischen Kirche übte, wurde vom Pariser Parlament verboten. Sie ist im englischen Exil geschrieben worden. Von 1750 bis 1753 hielt Voltaire sich am Hof Friedrichs des Großen in Potsdam auf und hat dort zur Entwicklung eines aufgeklärten preußischen Staatsverständnisses beigetragen, nach dem „jeder nach seiner Fassung selig werden“ sollte.

Von Voltaire stammt der vielzitierte, historisch übrigens nicht gänzlich gesicherte Satz: „Ich bin zwar nicht Ihrer Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.“ Gesichert ist eine andere, fast so schöne Version des gleichen Sachverhaltes: „Du bist anderer Meinung als ich, und ich werde dein Recht dazu bis in den Tod verteidigen.“ „Es gibt keine unbestrittene Wahrheit“

„Es gibt keine unbestrittene Wahrheit“

Ich möchte heute gerne aus Anlass der Verleihung des Lew Kopelew-Preises an die Redaktion der russischen Zeitung *Novaja gazeta* einen anderen Satz in Erinnerung rufen, der auch von Voltaire stammt und nicht die gleiche Prominenz gewonnen hat, aber zu diesem Preis und seiner Bedeutung nicht nur gut passt, sondern sich geradezu wie ein Motto auf die heutige Preisverleihung anhört: „Es gibt keine unbestrittene Wahrheit.“ Dieser Satz, meine Damen und Herren, diese Einsicht ist die logische Voraussetzung für die Forderung nach Meinungsfreiheit, nach Redefreiheit und nach

Norbert Lammert (1948), Präsident des Deutschen Bundestages, Berlin

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die Laudatio zur Verleihung des Lew Kopelew-Preises für Frieden und Menschenrechte am 21. November 2010 in Köln

Pressefreiheit. Verzichtbar sind alle drei für unsere heute unverzichtbaren Grundrechte überhaupt nur dann, wenn es unbestreitbare Wahrheiten gäbe, die es eben nach der Überzeugung der Aufklärung nicht gibt. Und deswegen ist es natürlich alles andere als ein Zufall, dass die Freiheit der Presse vehement erstmals im 17. und 18. Jahrhundert gefordert wird, also genau in der Zeit der Aufklärung, in der die allgemeinen Grund- und Menschenrechte erstmals entwickelt, formuliert und mit deutlicher Verzögerung dann auch durchgesetzt worden sind, zu denen, um wirksam werden zu können, eine breitgestreute Weitergabe von Informationen gehört. Und die historische Entwicklung - insbesondere, aber nicht nur - in Europa folgt ja auch mit einer erstaunlichen Konsequenz der Logik dieses Zusammenhangs.

Es kann nicht verwundern, dass in denjenigen Ländern, in denen sich der Freiheits- und Demokratiedanke durchsetzte, im gleichen Maße auch der Grundgedanke der Pressefreiheit Anerkennung gewann. Zunächst in England, wo das Parlament 1695 eine Verlängerung der Zensurgesetze ablehnte. Dann, fast hundert Jahre später, in Frankreich in der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ von 1789. Und auch die Vereinigten Staaten gewährten in dem berühmten First Amendment zu ihrer Verfassung die Rede- und Pressefreiheit *uno actu* – aus der Einsicht, dass das Eine ohne das Andere nicht zu haben ist.

In Deutschland, meine Damen und Herren, hat das bekanntlich alles ein bisschen länger gedauert aus vielen Gründen, die im Einzelnen zu untersuchen den Rahmen einer Festrede, selbst aus diesem Anlass, hoffnungslos sprengen würde. Aber es lohnt natürlich schon, in Erinnerung zu rufen, dass die Pressefreiheit eine der zentralen Forderungen des berühmten revolutionären Vormärzes des Jahres 1848 war, begründet durch politische Verhältnisse, in denen es eben keine Rede- und schon gar keine Pressefreiheit gab, sondern in der Zeit nach dem Wiener Kongress durch die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse 1819 ausdrücklich eine staatliche Vorzensur für Zeitungen eingeführt worden war. Mit der Meinungsfreiheit wurde die Pressefreiheit in der Verfassung der Paulskirche von 1848 verbürgt. Dies war das erste gesamtdeutsche freigewählte Parlament und die erste gesamtdeutsche demokratische Verfassung, die nie in Kraft getreten ist. Aber die hier niedergelegten Einsichten, Forderungen und Selbstverpflichtungen haben die weitere politische Entwicklung und insbesondere die weitere Verfassungsgeschichte unseres Landes geprägt, sowohl die Weimarer Verfassung als auch das Grundgesetz folgten diesem Vorbild. Die Frauen und Männer im Parlamentarischen Rat waren sich als Schöpfer des Grundgesetzes völlig darüber einig, dass eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse das Fundament einer freiheitlichen Demokratie ist.

Und dieses in der Verfassung garantierte, aber in der Lebenswirklichkeit natürlich angefochtene Prinzip ist immer wieder Gegenstand von öffentlichen Auseinandersetzungen und auch von gerichtlichen Klärungen gewesen, bei denen sich das Bundesverfassungsgericht besondere Verdienste um die Klarstellung nicht nur der Bedeutung des Prinzips, sondern auch der Umsetzung dieses Prinzips in die konkrete Lebenswirklichkeit erworben hat.

Diesen historischen Erfahrungen und politischen Bindungen fühlen wir uns gemeinsam verpflichtet und wollen uns nicht nur, aber auch und gerade durch die demonstrative Verleihung dieses Preises zu diesen unverrückbaren Einsichten bekennen, die unsere westliche Zivilisation seit inzwischen immerhin gut 300 Jahren prägen.

Vom „Don Quichotte Kopelew“ zu Sacharow und Liu Xiabo

Lew Kopelew selbst hat ja in seiner Biographie, an die Fritz Pleitgen soeben erinnert hat, einschlägige Erfahrungen mit diesem Thema und den damit verbundenen Risiken und Nebenwirkungen gemacht. Im Zusammenhang mit seiner Verteidigung von Andrej Sacharow hat ihn damals eine andere sowjetische Zeitung als „Judas in der Rolle des Don Quichotte“ bezeichnet. Sehr ähnliche Formulierungen kann man heute in chinesischen Zeitungen mit Blick auf den Friedensnobelpreisträger dieses Jahres lesen – Liu Xiaobo, der nun der letzte noch inhaftierte Friedensnobelpreisträger ist.

Und dass wir zwar manches im Allgemeinen hoffentlich begriffen haben, in der Realität aber immer noch nicht umzusetzen, jedenfalls nicht flächendeckend, in der Lage sind, macht die erschreckende Parallelität zwischen der Vergabe des Friedensnobelpreises im Jahre 1975 an Andrej Sacharow und im Jahre 2010 besonders deutlich. Als damals das norwegische Nobelpreiskomitee den russischen Bürgerrechtler mit dem Friedensnobelpreis auszeichnete, verbat sich das sowjetische Regime diese „ungeheuerliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten“. Die Formulierung kommt uns vertraut vor. Und sie hat mit sehr ähnlichen – ähnlich dämlichen – Begründungen Sacharow die Reise zur Entgegennahme des Preises verweigert, wie es die chinesische Regierung in diesem Jahr mit dem chinesischen Bürgerrechtler tut.

Auch deshalb ist der Hinweis vielleicht nicht gänzlich überflüssig, dass diese Form des Umgangs der jeweiligen Regime mit Bürgerrechtlern und Systemkritikern deren Reputation nicht verringert hat. Aber das eine dieser beiden Regime hat sich inzwischen aufgelöst, weil es dem Druck unvermeidlicher Veränderungen nicht annähernd so lange Stand halten konnte, wie die forschen Bemerkungen noch Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre vermuten ließen.

Gefährdungen der Pressfreiheit

Meine Damen und Herren, wenn ich an diesen Zusammenhänge erinnere, dann will ich damit keineswegs der Notwendigkeit und Angemessenheit ausweichen oder gar entgegnetreten, sich nüchtern kritisch und auch selbstkritisch mit der Lage der Presse und dem Zustand der Pressefreiheit im eigenen Land auseinander zu setzen. Heribert Prantl, der den meisten von Ihnen bestens bekannte und hoffentlich regelmäßig gelesene leitende Redakteur der Politikredaktion einer der wichtigsten deutschen Tageszeitungen, der den im Übrigen eher seltenen Vorteil hat, als früherer Staatsanwalt und Richter sowohl einen juristischen wie journalistischen Blick auf die Presse und ihren Zustand zu haben, hat in eigenen Beiträgen und Vorträgen in den vergangenen Jahren – übrigens nicht selten aus Anlässen wie dem heute Morgen – darauf hingewiesen, dass das Bewusstsein vom Wert der Pressefreiheit in Deutschland zunehmend verlo-



Liu Xiaobo

ren gegangen sei, und hinzugefügt, dies sei bedauerlicherweise auch immer mehr bei Journalisten und Verlegern der Fall:

In Deutschland ist die Pressefreiheit weniger vom Staat bedroht; bei Verletzung des Redaktionsgeheimnisses durch Sicherheitsbehörden greift das Bundesverfassungsgericht ein und lehrt die Staatsbehörden den Wert der Pressefreiheit für die Demokratie. Die Bedrohung der Pressefreiheit besorgen die Medien heute in erster Linie selber. Die Qualität des Journalismus sinkt, weil Medienunternehmen mit den Medien mehr Geld verdienen wollen als früher.

Das ist natürlich auch keine vollständige Beschreibung des Status quo, aber es ist ein, wie mir scheint, zutreffender Hinweis auf eine der Gefährdungen der Pressefreiheit, der inneren Pressefreiheit, die zur vollen Wirksamkeit der Funktion einer freien Presse genauso unverzichtbar dazu gehört wie die äußere Freiheit der Presse, insbesondere gegenüber staatlichen Eingriffen und Zensurattitüden.

Ich will das nicht vertiefen, obwohl es sich für eine gründliche gemeinsame Sortierung von Eindrücken anbietet und die Leser wie die Produzenten von Zeitungen und Medien inzwischen reichlich Anlass haben, darüber nachzudenken, ob die Entwicklung der Medien im Allgemeinen – insbesondere auch das in vielerlei Hinsicht hochproblematische Verhältnis zwischen den elektronischen Medien und den Printmedien – dazu führt, dass das gnadenlose Unterhaltungsbedürfnis der elektronischen Medien auch das Selbstverständnis der Printmedien prägt. All dies sind Themen, mit denen sich Lew Kopelew vermutlich mit der ihm eigenen kritischen Betrachtung von Entwicklungen einschlägig auseinandergesetzt hätte, und mindestens sollten wir in Würdigung seines Andenkens an dieses wichtige und offenkundig nicht überholte Thema erinnern.

Der Streit um die Wahrheit ist die Basis der Demokratie

Meine Damen und Herren, von Carl-Friedrich von Weizsäcker stammt der schöne Satz: „Das demokratische System, zu dem sich unser Staat bekennt, beruht auf der Überzeugung, dass man den Menschen die Wahrheit sagen kann.“ Das ist wieder gut formuliert, aber wiederum bestenfalls die halbe Wahrheit, jedenfalls dann, wenn man sich von der Einsicht Voltaires nur ungern verabschiedet, dass es unbestrittene Wahrheiten gar nicht gibt. Und ich will Ihnen sagen, warum ich mich von dieser Einsicht von Voltaire nicht verabschieden kann und will: Der Streit um die Wahrheit ist nämlich die Voraussetzung der Demokratie. Die Demokratie lebt von der Geschäftsgrundlage, dass es einen Anspruch auf Wahrheit nicht gibt, dass jedenfalls Wahrheitsansprüche keine Legitimation für Machtansprüche sind und dass die einzig akzeptable Legitimation für die Durchsetzung von Absichten, von Überlegungen, von Interessen die mehrheitliche Zustimmung der Betroffenen ist.

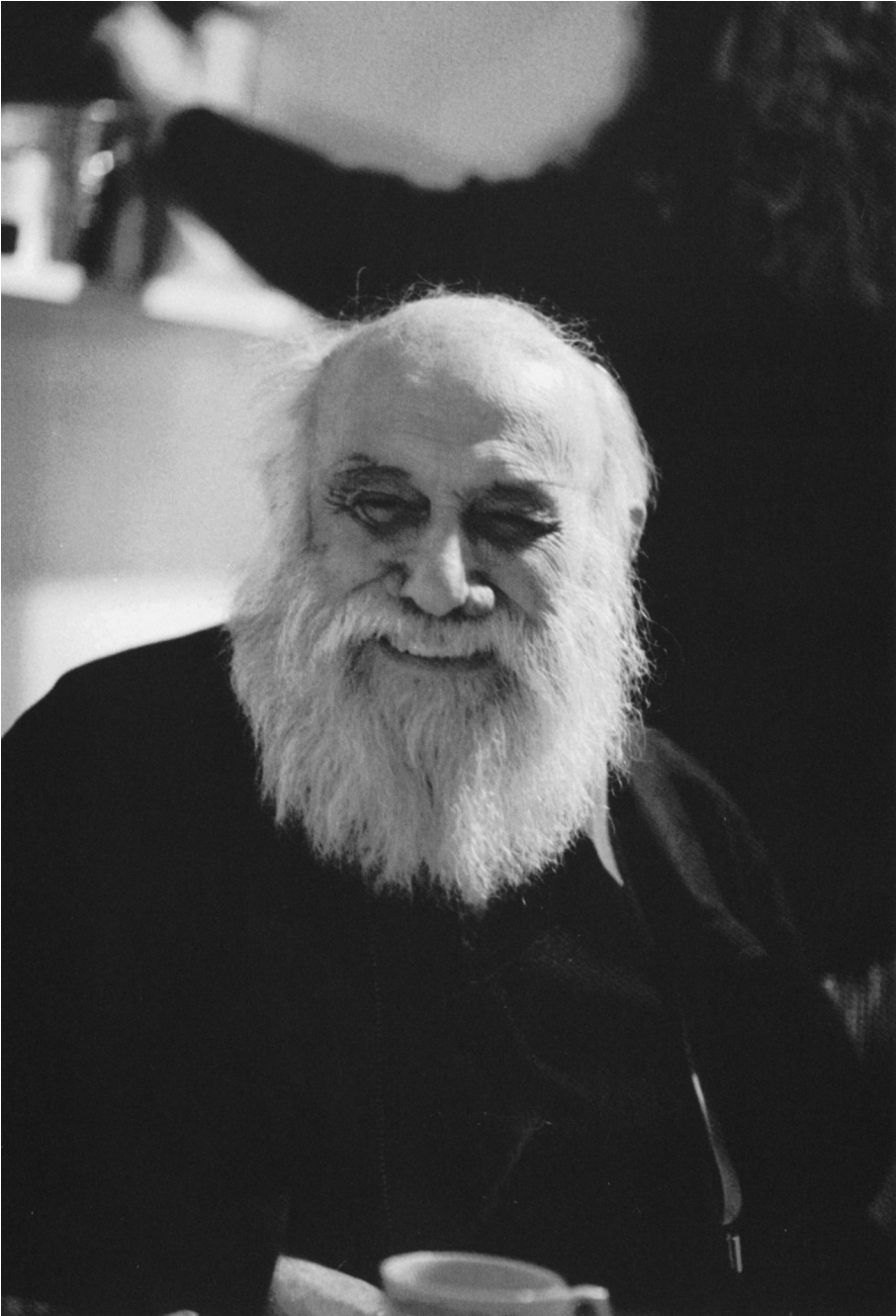
Die Mehrheitsregel ist die Folge der Einsicht, dass es ewige Wahrheiten nicht gibt, jedenfalls keine, die in einer aufgeklärten Gesellschaft allgemeine Geltung beanspruchen könnten. Und dass deswegen hilfsweise unvermeidliche Entscheidungen dadurch herbeizuführen sind, dass Mehrheiten entscheiden, was gilt. Und der Umstand,

dass Mehrheiten dies entschieden haben, bedeutet unter den verfassungsrechtlichen Bedingungen eines Rechtsstaats, dass diese Entscheidung gilt, nicht aber, dass sie richtig ist. Deshalb gilt sie übrigens auch nur so lange, bis möglicherweise neue Mehrheiten, die anderes für richtig halten, mit der gleichen Legitimation eine andere Entscheidung treffen.

Es gibt keine unbestrittene Wahrheit. Die vornehmste Aufgabe der Presse, in meinem Verständnis, besteht darin, diese Einsicht wach zu halten und nicht mit eigenen Wahrheitsansprüchen, sondern mit dem Streit um und gegen Wahrheitsansprüche die Voraussetzungen und damit die Lebendigkeit einer Demokratie am Leben zu erhalten.



Lew Kopelew und seine Frau Raisa



Lew Kopelew

© Bernd-Michael Maurer, Köln

Dmitrij Muratov

„Die Angst wird uns zur Gewohnheit“

Dank für die Verleihung des Lew Kopelew-Preises

Journalismus in Russland ist mitunter eine Frage von Leben und Tod. Journalisten werden umgebracht. Die Taten bleiben ungesühnt. Nicht nur unter Journalisten macht sich Angst breit. Angst vor Nazis, Anhängern des tschetschenischen Präsidenten Kadyrov, vor Mitgliedern der Kreml-Jugend und den Sicherheitsdiensten. Korruption ist die Ursache des Todes etlicher Kollegen. Und Korruption ist die einzige Ideologie der heutigen Elite.

Ein Freund von mir hat einmal gesagt, Angst ist Zeitverschwendung. Meine Kollegen verschwenden sehr viel von ihrer Zeit auf Angst. Journalisten werden in Russland umgebracht, ohne dass die Täter bestraft werden. Wir sind dabei, uns daran zu gewöhnen. Die Angst wird uns zur Gewohnheit.

Lew Kopelew beschreibt, wie er bei seiner Verhaftung 1945 eine Handvoll Tabak vom Tisch des Ermittlungsrichters nahm und heimlich in die Tasche steckte. „So brach sich eine Häftlingsgewohnheit Bahn“, schreibt Kopelew – eine Gewohnheit, die er früher nie an sich beobachtet hatte.

So brach sich der Instinkt der Angst bei den russischen Journalisten Bahn, und ebenso bei manchen Personen des öffentlichen Lebens und bei den europäischen Politikern. Die Journalisten haben Angst vor Neonazi-Anschlägen, vor den Handlangern des tschetschenischen Präsidenten Kadyrov, vor der Revanche der kremlnahen Jugendbewegungen und vor den Sicherheitsdiensten. Die europäischen Politiker haben Angst, dass sie kein Gas bekommen. An Gas kommt man im Tausch gegen Zugeständnisse bei den Menschenrechten.

Allein seit Jahresanfang wurden in Russland acht Journalisten ermordet und etwa vierzig zusammengeschlagen, drei von ihnen wurden furchtbar zugerichtet, wie Oleg Kašin. Die russischen Delegationen im Europaparlament ziehen es vor, keine Pressekonferenzen im Anna-Politikovskaja-Saal abzuhalten. Und die Europäer, voll des politischen Feingefühls, drängen sie auch nicht dazu, obwohl der Fall Politikovskaja nach wie vor nicht aufgeklärt ist. Die Mörder und die Hintermänner befinden sich in Freiheit. Der Mörder ist hier in Europa, er war lange hier oder ist noch unter Ihnen. Irgendwer in Russland hat ihm einen nagelneuen Pass beschafft und ihm geholfen, die Grenze zu überqueren.

Dmitrij Muratov (1961), Journalist, Chefredakteur der Zeitung *Novaja gazeta*, Moskau
Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um die Danksagung. Für die Veröffentlichung wurde er redaktionell bearbeitet.

Kopelew hat immer wieder betont, dass er lange Zeit im Bann der kommunistischen Ideologie stand: Um des allgemeinen Glücks willen musste jeder einzelne brutal sein. Kopelew hat sich aus diesem Bann befreit. Heute herrscht ein anderer Bann: Die russische Staatsmacht kennt keine Ideologie und keine Werte mehr außer dem Geld. Das Gerede von der Demokratie ist nur das *Tuning* für den Verkauf von Öl und Gas.

Der Grund für den Tod meiner Kollegen ist die Korruption. Der Grund, warum Verbrechen nicht aufgeklärt werden, ist die Korruption. Wie früher in Südafrika die Apartheid ist nun die Korruption die einzige Ideologie der sogenannten Elite.

Präsident Medvedev versucht, das gesellschaftliche Klima und die sozialen Beziehungen in Russland zu verändern. Die *Novaja gazeta* und einige andere Medien versuchen, die Korruption zu bekämpfen. Ich baue auf die Unterstützung Ihres Forums bei der Schaffung einer internationalen Organisation, einer Art von Informations-Interpol, zur Bekämpfung der Korruption.

Als Kopelew sein Gerichtsurteil hörte, sagte er zu den Staatsanwälten: „Unbegreiflich, wo ist da die Gerechtigkeit?“ Heute scheint allmählich klar zu werden, wo die Gerechtigkeit ist. Oder immer noch nicht?

Ein Krimineller kritisierte Kopelew im Lager und sagte: „Ich bin zwar ein Dieb, aber ich bin ein Patriot.“ Es ist die höchste Zeit Diebstahl, Korruption und Patriotismus voneinander zu trennen.

Aus dem Russischen von Nadja Simon, Pulheim